

Landesbezirksausschuss der Beamtinnen und Beamten ist mit der Landespolitik im Gespräch

Eine Abordnung des ver.di-Landesbezirksausschusses der Beamtinnen und Beamten führt derzeit mit allen im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien Gespräche insbesondere über die Anforderungen an ein modernes Beamtenrecht, den Wiedereinstieg in das sog. Weihnachtsgeld und damit auch den Wettbewerbsföderalismus. Neben diesen Schwerpunktthemen werden aber auch spezifische Themen wie z. B. die Einrichtung notwendiger Stellen im Bereich der Sozialtherapie des Justizvollzugs zum Thema gemacht. In diesem Fall hat ein Gespräch mit der **Landtags-CDU** erste Früchte getragen:

Zum Haushaltsjahr 2010 ist die Einrichtung von fünf neuen Stellen im Bereich der Sozialtherapie beschlossen worden.

➤ **Weihnachtsgeld**

Beim Thema Weihnachtsgeld verweisen **CDU und FDP** unisono auf die angespannte Haushaltslage und sehen keinen „Spielraum“ für die Wiederaufnahme dieser Zahlungen. Das ist natürlich ein „**Totschlagargument**“ und in Anbetracht der Tatsache, dass das Land beispielsweise „**millionenschwere**“ Einnahmen verliert, weil es auf die Einstellung zusätzlicher Steuerprüfer verzichtet, nicht nachvollziehbar. Es geht darum, attraktive Arbeitsbedingungen anzubieten, damit Niedersachsen beim „**Kampf um die Köpfe**“ gegenüber dem Bund, anderen Bundesländern und der Wirtschaft nicht vollends ins Hintertreffen gerät. Einen „**Abstiegspfad**“ hat Niedersachsen bei diesem Thema bereits inne. **SPD und Linke** erkennen diesbezüglichen Handlungsbedarf an. Für die **FDP** kämen Nachbesserungen bei der Bezahlung ggf. dort in Betracht, wo aktuell die Gewinnung von geeigneten Nachwuchskräften kritisch ist, wie z.B. im Berufsfeuerwehrbereich.

➤ **„Verhandeln statt Verordnen“**

In unserem zentralen Punkt „**Koalitionsrechte für Beamtinnen und Beamte**“ ist „**parteiübergreifend**“ Bereitschaft festzustellen, sich ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen. Dieser Umstand dürfte insbesondere auch der aktuellen Rechtsprechung des „**Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte**“ (EGMR) geschuldet sein, der jüngst die Türkei „**verknackt**“ hat, weil diese ihren Beamtinnen und Beamten das Streikrecht abgesprochen hatte. Neben der Unterstützung von **SPD und Linken hat auch die FDP** zumindest die Zusage gegeben, sich offen mit diesem Thema zu befassen.

Insgesamt liefen die Gespräche in einem angenehmen und konstruktiven Klima ab und endeten mit der Verabredung, diese Art des Austauschs zu verstetigen.

Die Gesprächsrunde mit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen ist für Januar 2010 geplant.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Schrade

Redakteur Beamteninformationen

Rückfragen über E-Mail-Adresse: annette.sackmann@verdi.de